



Klimageld jetzt!

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, ein Klimageld als Ausgleich für die steigende CO₂-Bepreisung einzuführen. Davon will die Ampelkoalition nichts mehr wissen. Dabei würde ein Klimageld die Akzeptanz des notwendigen Klimaumbaus massiv erhöhen und gerade arme Menschen entlasten.

Wir sagen: Klimaschutz muss sozial gerecht sein. Deshalb fordern wir: Klimageld jetzt!

Quelle: Attac Deutschland <https://www.attac.de/kampagnen/klimageld-jetzt/startseite-klimageld>

Worum geht es beim Klimageld?

*Im Koalitionsvertrag hat die Ampel beschlossen, dass es ein Klimageld geben soll. Damit sollen klimafreundliches Verhalten belohnt und Bürger*innen entlastet werden. Doch bislang unternimmt die Regierung nichts, um das Klimageld wirklich wie versprochen einzuführen. Attac fordert: Klimageld jetzt! Aber warum wäre das so dringend nötig?*

Wer CO₂ erzeugt, muss dafür eine Abgabe bezahlen. Damit sollen die CO₂-Emissionen gesenkt werden. Am 1. Januar 2024 ist diese Abgabe wieder teurer geworden. Damit das für alle bezahlbar bleibt, soll pro Kopf ein pauschales Klimageld ausgezahlt werden. Wer weniger CO₂ erzeugt, dem bleibt so mehr auf dem Konto. Statistiken zeigen: Der Lebensstil von Menschen mit mehr Geld erzeugt deutlich mehr CO₂ als der von Menschen am unteren Einkommensende. Das Klimageld wirkt damit zweifach: Es belohnt einen sparsamen Umgang mit Ressourcen und verteilt von oben nach unten um – klimafreundlich und sozial gerecht.

Wer soll es bekommen?

Die Ampel hat nicht nur die Einführung des Klimagelds auf unbestimmte Zeit vertagt; auch die Höhe des Klimagelds, die Art der Auszahlung und ob Kinder Erwachsenen gleichgestellt werden, ist noch nicht entschieden. Noch gibt es von den Regierungsparteien kein ausgearbeitetes Konzept. Da ist Attac schon weiter.

Attac fordert: Das Klimageld soll pauschal an alle Bürger*innen, Kinder wie Erwachsene, ausgezahlt werden. Dabei soll der Betrag nicht mit anderen Beiträgen wie zum Beispiel zur Rente verrechnet, sondern als deutlich ausgewiesener Betrag direkt überwiesen werden. Entscheidend ist, dass Menschen mit weniger Geld mit dem Klimageld nicht nur entlastet werden, sondern für einen kleineren ökologischen Fußabdruck belohnt werden – für sie soll ein Plus auf dem Konto bleiben.

Wie hoch wäre die Entlastungswirkung?

*In Zukunft werden CO₂-Preise weiter steigen, Emissionen kontinuierlich sinken. Unsere Modellrechnung geht für 2025 von einem CO₂-Preis von 40 Euro pro Tonne aus. Die durchschnittlichen Emissionen pro Person dürften 2025 bei 7,2 Tonnen pro Jahr liegen. Da das ärmere Drittel deutlich weniger Emissionen verursacht, schätzen wir ihre Emissionen auf 4,5 Tonnen im Jahr. Wenn die Einnahmen der CO₂-Abgabe vollständig an die Bürger*innen ausgezahlt würden, erhielten alle ein Klimageld von 290 Euro im Jahr. Was würde das Klimageld konkret an Entlastung bringen?*

Eine Familie mit vier Kindern, die in einer verhältnismäßig kleinen Wohnung wohnt, kein Auto hat, nicht fliegt und sich fleischarm ernährt, gewinnt damit. Pro Kopf muss sie nur für 2,5

Tonnen CO₂-Abgabe bezahlen – das sind 100 Euro im Jahr. Sie gewinnt also jährlich 1140 Euro. Menschen dagegen, die durch ihren Lebensstil (sehr große Wohnung, Flugreisen etc.) sehr viel emittieren, kommen auf 15 Tonnen pro Person. Sie zahlen also 600 Euro CO₂-Preis – also ein Minus von 310 Euro pro Person. Wer genau in der Mitte liegt bei 7,2 Tonnen pro Person, zahlt genau 290 Euro und bekommt 290 Euro.

Wie soll es finanziert werden?

Die Regierungsparteien behaupten, im Augenblick sei das Klimageld nicht finanzierbar. Dabei ist die Forderung nach dem Klimageld keine zusätzliche Ausgabe. Im Gegenteil: Das Klimageld steht bereits im Koalitionsvertrag. Dass es immer noch nicht in die Haushaltsplanung eingestellt wurde, ist eine bewusste Provokation des Finanzministers

Nach einer aktuellen Studie des Mercator-Instituts für Klimaforschung werden die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung im Jahre 2025 bei knapp 24 Milliarden Euro liegen, die nach unserem Modell vollständig für das Klimageld verwendet würden. Für weitere klimapolitische Maßnahmen muss ein neuer Klimafonds bereitgestellt werden. Alternativ können sie auch aus dem laufenden Haushalt finanziert werden. Dazu müsste nur ein Teil der Steuerschlupflöcher gestopft werden – denn durch Steuerflucht entgehen den öffentlichen Kassen zwischen 75 und 100 Milliarden Euro jährlich!

Was sagen die Regierungsparteien dazu? Und was Attac?

Die Ampel versteckt sich hinter dem Scheinargument der mangelnden Finanzierbarkeit. Offensichtlich gibt es im Bundestag keine Mehrheit für eine Klimaschutzpolitik, die dem Abkommen von Paris entspricht. Jetzt bedarf es dringend des Drucks von außen aus der Zivilgesellschaft – hier sind Attac und die gesamte Klimaschutzbewegung gefordert!

Attac sagt: Ein Klimageld, das als eine faire Kompensation für die Belastungen durch die Klimapolitik empfunden wird, kann darüber entscheiden, ob eine konsequente Klimapolitik akzeptiert wird. Ohne das Klimageld wird die Klimapolitik scheitern. Nur wenn die Menschen das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht, werden sie die Klimapolitik mittragen. Wir brauchen das Klimageld jetzt! Es ist ein erster Schritt in Richtung gerechte Klimapolitik. Weitere müssen folgen, zum Beispiel bei der Gebäudesanierung. Hohe Einkommen und Vermögen müssen durch einen Lastenausgleich zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen herangezogen werden.

Klimageld - Wir fangen an!

Hier bekommst
du dein Klimageld



- I. Wenn die Regierung ihre Versprechen nicht umsetzt, machen wir es als Zivilgesellschaft einfach selbst. Gemeinsam mit Sanktionsfrei, dem Paritätischen u.v.m. verlosen wir am 4. April das Klimageld für 1.000 Menschen.
- II. [Mehr Infos und wie ihr mit machen könnt gibt es hier.](#)

Wozu wir es brauchen, wie es funktioniert und warum es ein zentraler Hebel für die Klimapolitik ist. Attac plant eine Kampagne zur Durchsetzung des Klimageldes. Warum stellen wir ausgerechnet das Klimageld in den Mittelpunkt unserer Klimapolitik für 2024?

Dass die Klimapolitik eine zentrale Herausforderung für die jetzige Generation ist, muss ich an dieser Stelle nicht betonen. Vermutlich auch nicht, dass diese teuer wird. Es gibt Rechnungen verschiedener Institute. Sie kalkulieren die Gesamtkosten für die Transformation auf etwa 2 bis 2½ Billionen Euro. Nach den Abschätzungen des Fraunhofer IWES Instituts rechnet sich das sogar. Die Wissenschaftler kalkulieren es als eine Investition mit einer Rendite von 4 bis 7 Prozent. Aber selbst wenn das stimmt: Bei einer Investition muss man erst mal Geld vorlegen und bekommt dann später etwas heraus. Einige Wirtschaftszweige profitieren relativ schnell, andere müssen auf Jahre unterstützt werden. Insbesondere das Heizen und die Ernährung werden in dieser Zeit teurer werden.

Die Hebel der Transformation – Treibhausgaspreis

Im Wesentlichen hat der Staat drei Instrumente, um die Transformation zu steuern:

- **Ordnungsrecht:** Das Ordnungsrecht wird, auch wenn einige gerne auf Freiwilligkeit setzen, eine wichtige Rolle spielen: Beispiele dafür sind die Flächenausweisung für Windenergie und Photovoltaik, das Abschalten der Kohlekraftwerken oder das Aus für fossile Heizungen.
- **Staatliche Investitionen und Investitionsförderung:** Beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs, beim Aufbau und Umbau von Wärmenetzen oder beim Bau von neuen Gleichstromtrassen muss aber der Staat entweder selbst investieren oder wie beim Umbau der Stahlindustrie auch Investitionen unterstützen.
- **Bepreisung von Treibhausgasemissionen:** Schließlich muss auch sichergestellt werden, dass in Zukunft klimaneutrale Produkte günstiger sind als klimaschädliche. Das ist auch richtig so, denn Letztere verursachen ja erhebliche Folgekosten. Deswegen muss es einen Preis für die Treibhausgasemissionen geben. Mittlerweile wurde ein THG-Preis für alle Produkte bis auf die Landwirtschaft eingeführt. Für die großen Anlagen wie Kraftwerke, Stahl-, Grundstoffchemie- und Zementwerke erfolgt die Bepreisung durch das Emissionshandelssystem (ETS) der EU. Die restlichen Emissionen werden in Deutschland durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) bepreist. Noch decken diese Preise die Folgekosten nicht ab – deshalb werden sie in den kommenden Jahren Schritt für Schritt angehoben.

Die soziale Kompensation

Die große Herausforderung besteht nun darin, die Transformation sowohl effizient wie auch gerecht zu gestalten, um die Akzeptanz für die Klimapolitik zu sichern, denn

- die physische Belastung der Menschen durch die Klimaveränderung ist ungleich. Trockenheit, Stürme und Niederschläge treffen arme Menschen mit voller Wucht, während die Reichen die nötigen Ressourcen haben, um sich dagegen zu schützen;
- auch die finanzielle Belastung der Menschen durch die Klimaschutzpolitik ist ungleich und belastet ärmere Menschen überproportional. Dies betrifft insbesondere die Kosten für Lebensmittel, Haussanierung und Wohnen – anfangs auch die Energiepreise. Wohlhabende werden dagegen die ersten sein, die sich E-Autos und Wärmepumpen leisten können.

Aus diesen Gründen muss eine gerechte Klimapolitik für einen sozialen Ausgleich für die Mehrbelastungen sorgen. Dieser kann auf verschiedene Art erfolgen durch:

- **Steuererleichterungen:** diese sind jedoch nicht gerecht, da dann die höheren Einkommen am meisten davon profitieren.
- **Senkung der Energiepreise:** Dies wurde mit der Streichung der EEG-Zulage bereits realisiert – wurde aber durch die Gaskrise in Folge des Ukraine-Krieges mehr als kompensiert. Dagegen spricht auch, dass eine Senkung der Strompreise den Anreiz zum Energiesparen verringert. Und schließlich profitieren davon Vielverbraucher mit Sauna und Swimmingpool am meisten.
- **Klimageld pro Kopf:** Bereits eine Teilauszahlung der Einnahmen aus dem Emissionshandel (dem Treibhausgaspreis) als ein Klimabonus würde dazu führen, dass die unteren Einkommen – insbesondere die Familien mit Kindern – deutlich entlastet werden. Ein

Klimageld ist auch im Koalitionsvertrag vorgesehen – aber bislang immer noch nicht in die Finanzplanung der Bundesregierung aufgenommen worden.

- Ausgleich nur für Geringverdiener*innen: Denkbar ist auch eine gezielte Unterstützung von Geringverdiener*innen und besonders Betroffenen. Dies würde aber möglicherweise die Akzeptanz der Maßnahmen durch die Mittelschicht reduzieren.

Die Akzeptanz der Klimapolitik sichern

Wenn die Menschen mit geringen Einkommen das Gefühl haben, dass sie durch die Klimapolitik belastet werden – dann besteht die Gefahr, dass sie den Eindruck bekommen, dass Klimaschutz etwas ist, was sich nur die Reichen leisten können. In diesem Fall würde die bereits wachsende Spaltung der Gesellschaft weiter vertieft und die Klimaschutzpolitik wird scheitern.

Wir schlagen deshalb in Übereinstimmung mit den meisten Fachleuten vor, dass alle Bürger*innen – auch Kinder – ein Klimageld in gleicher Höhe bekommen. Dessen Höhe sollte so bemessen werden, dass die Einnahmen des Staates aus dem Emissionshandel komplett an die Bürger*innen zurückgegeben werden. Dies sollte dann auch die Mehrwertsteuer beinhalten, wenn diese auf das Klimageld erhoben wird – wie das ja bisher auch bei der Umlage des EEG (Erneuerbare Energiengesetz) der Fall war. Da höhere Einkommensgruppen im Schnitt deutlich höhere Emissionen verursachen, werden diese nicht voll kompensiert. Dies ist jedoch vor dem Hintergrund der höheren Einkommen akzeptabel und wird nach den Umfragen auch akzeptiert. Allerdings sollen alle Bürger*innen das gleiche Klimageld bekommen. Sonst ist zu befürchten, dass eine Neid- und Antimigrant*innen-Debatte gegenüber der Unterschicht entstehen kann, die die Klimapolitik noch mehr beschädigt.

Wichtig ist auch die Auszahlungsmethode. Schon bei der Einführung der relative geringen Ökosteuer, wurde das nicht berücksichtigt. Damals sollte die Ökosteuer die Rentenbeiträge reduzieren. Da zu dieser Zeit aber die Rentenbeiträge sonst gestiegen wären, da die Arbeitslosigkeit um die Jahrtausendwende anstieg, nahm das niemand wahr. Ähnlich wäre es jetzt, wenn das Klimageld in irgendeiner Art und Weise verrechnet würde. Deswegen sollte das Klimageld jede*r Bürger*in direkt und unter dem Namen „Klimageld“ auf ihr Konto überwiesen werden. Technisch soll das machbar sein. Es wurde sogar bereits der Auftrag an das Finanzministerium erteilt, um dies möglich zu machen.

Die Forderung nach dem Klimageld ist keine zusätzliche Ausgabe. Im Gegenteil: Das Klimageld steht bereits im Koalitionsvertrag. Dass es immer noch nicht in die Haushaltsplanung eingestellt wurde, ist eine bewusste Provokation des Finanzministers. Da es aber im Bundestag offensichtlich keine Mehrheit für eine Klimaschutzpolitik gibt, die dem Abkommen von Paris entspricht, bedarf es dringend den Druck von außen aus der Zivilgesellschaft. Hier sind Attac und die gesamte Klimaschutzbewegung gefordert.

Die Bemessung und Finanzierung des Klimageldes

Bei der Berechnung des Treibhausgas-Preises gehen wir davon aus, dass Emissionen in den kommenden Jahren kontinuierlich sinken, der Treibhausgas-Preis dagegen kontinuierlich angehoben wird. Dann würde der Treibhausgas-Preis in 20 Jahren auf etwa 250 Euro pro Tonne CO₂-Äquivalent anwachsen, um die volle Wirkung zu entfalten. Heute liegt er bei ca. 85 Euro pro Tonne im europäischen Emissionshandel für Großemittenten (Stahlwerke, Kraftwerke, Grundstoffchemieanlagen und Zementwerke) sowie bei 30 Euro pro Tonne für den nationalen Handel – das betrifft alle anderen Emissionen außer der Landwirtschaft. Wir rechnen daher für alle Emissionen im Jahre 2025 mit einem Durchschnitt von 40 Euro pro Tonne.

Die durchschnittlichen Emissionen pro Person dürften 2025 bei 7,2 Tonnen pro Jahr liegen. Da das ärmere Drittel deutlich weniger Emissionen verursacht, schätzen wir ihre Emissionen auf 4,5 Tonnen im Jahr. Das würde bedeuten, dass jede Bürger*in ein Klimageld von 290 Euro im Jahr bekommt. Eine Familie mit 4 Kindern, die in einer 80 qm Wohnung in einem gedämmten Miethaus wohnt, kein Auto hat, nicht fliegt und sich fleischarm ernährt, gehört dann zu den Gewinnern, da die Familie pro Kopf nur 2,5 Tonnen CO₂-Äquivalente emittiert und daher ihre Belastung durch Treibhausgaspreise nur bei 100 Euro im Jahr liegt. Die Familie gewinnt also insgesamt 1140 Euro im Jahr. Menschen dagegen, die sehr viel emittieren (Paar ohne Kinder in großem Einfamilienhaus, Standard 1970, 2 Autos, mehrere Flüge im Jahr usw.) kommen auf 15 Tonnen pro Person. Sie zahlen also 600 Euro CO₂-Preis - also ein Minus von 310 €/Person. Wer genau in der Mitte liegt bei 7,2 Tonnen pro Person, zahlt genau 290 Euro und bekommt 290 Euro.

Die gesamten Kosten für das Klimageld liegen dann bei 24 Mrd. Euro. Nach einer aktuellen Studie des MCC (Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change) in Potsdam werden die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung im Jahre 2025 bei knapp 24 Mrd. € liegen. Sie müssten also komplett für das Klimageld eingesetzt werden. Dies entspricht auch der Forderung des letzten Bundeskongresses der Gewerkschaft Ver.di.

Die sonstige Klimapolitik müsste dann aus den weiteren Einnahmen des Klima- und Transformationsfonds der Bundesregierung finanziert werden. Im Handbuch Klimaschutz wurden die jährlichen zusätzlichen Kosten für die Transformation auf 100 Mrd. €/a geschätzt, davon sollen 20 Mrd. €/t durch die öffentliche Hand aufgewandt werden. In den ersten Jahren dürften es aber noch deutlich mehr sein. Diese Gelder müssen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts durch einen neuen Klimafonds bereitgestellt werden. Alternativ können sie auch aus dem laufenden Haushalt finanziert werden. Dazu müsste ein Teil der Steuerlöcher gestopft werden, die das Netzwerk Steuergerechtigkeit auf 75 bis 100 Mrd. Euro berechnet hat. Dazu kommen ggf. Investitionen der Länder und Kommunen, die nicht kompensiert werden.

Zur Argumentation

Ein Klimageld, das als eine faire Kompensation für die Belastungen durch die Klimapolitik empfunden wird, wird entscheidend dafür sein, dass es gelingt, eine Akzeptanz für eine konsequente Klimapolitik herzustellen. Es gab und gibt in der Klimabewegung eine Diskussion darüber, ob der Staat die erforderlichen Mittel nicht lieber vollständig für eine Beschleunigung der Treibhausgasreduktionen einsetzen sollte und ob dann noch Geld für die soziale Abfederung da ist, oder ob letztere nicht kontraproduktiv für eine konsequente Politik sei. Das teilen wir nicht. Aber gerade deswegen muss für das Klimageld mit einer doppelten Argumentation geworben werden:

Erstens: Das Klimageld ist gerade in Krisenzeiten ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.

Während die wohlhabenden Schichten einen eigenen Beitrag für die Klimapolitik leisten können und dies auch wegen ihrer höheren Emissionen angemessen ist, dürfen die ärmeren Schichten nicht zusätzlich belastet werden.

Zweitens: Ohne das Klimageld wird die Klimapolitik scheitern. Deshalb ist das Klimageld keine Sozialpolitik, sondern ein notwendiger Beitrag für eine radikale Klimapolitik. Nur wenn die Menschen das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht, werden sie die Klimapolitik mittragen.

Autor*in: [Karl-Martin Hentschel](#)

Kategorie: Attac-Blog

Steuer-Revolution! Unser Steuerpapier als Buch



Die Attac-AG Finanzmärkte & Steuern hat ein Steuerkonzept zur Rückverteilung von Reichtum, zu mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz erarbeitet. Unter dem Titel "Steuer-Revolution!" kann es [als Buch käuflich erworben werden](#).

Auf dieser Seite findet Ihr das Konzeptpapier, Infos zum Buch selbst, die politische Zuspitzung wichtiger Unterthemen (plus Grafiken), eine Präsentation und aktuelle Termine von inhaltlichen Veranstaltungen.

Steuer-Revolution! – Der Attac Basistext

„Ungleichheit ist Gift für die Demokratie!“
(Roger de Weck, Ex-Chefredakteur der „Zeit“)

Jetzt [im Attac-Webshop bestellen](#).
Gib's natürlich auch im Buchhandel.

Die soziale Schieflage in Deutschland wird immer größer. Ein wichtiger Faktor ist das Steuerrecht. Es legt fest, wie wir Gesundheitssystem, Straßen, Schulen oder die Energiewende finanzieren. Dabei ist es absurd ungerecht: Geringverdienende zahlen beinahe 50 Prozent an Steuern und Abgaben. Aber die Kinder von Multimillionären erben nahezu steuerfrei. Da stellen sich die Fragen: Wieviel Armut und Ungleichheit verträgt eine Demokratie? Was kann ein Steuersystem für eine soziale und nachhaltige Gesellschaft leisten? In diesem Buch stecken Antworten. Wir präsentieren ein gut recherchiertes und durchgerechnetes Steuersystem für mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz.

[Leseprobe/Inhalt](#) [Die Autoren](#) [Statements](#) [AG Finanzmärkte & Steuern](#) [Wer zahlt?](#)
[Konzeptpapier](#)

Hier gibt es das Konzeptpapier (24 Seiten), das als Grundlage für den Attac-Ratschlagsbeschluss diente. [Lesen / Herunterladen](#).



Präsentation und Grafiken



[Hier gib's Folien](#) zum Steuerkonzept als pdf.

Grafiken (mit transparentem Hintergrund) findet Ihr in den 6 Themenfeldern (anklicken und runterladen) oder [hier als pdf](#).

Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer



Arbeits- und Kapitaleinkünfte gehören gleich besteuert. Derzeit zahlen arbeitende Leute aber prozentual deutlich mehr! Deshalb muss der Spitzensteuersatz für Spitzeneinkommen (ab 40 Mio. €) auf 90% steigen. Für große Vermögen brauchen wir zusätzlich eine progressive Reichensteuer. Sonst konzentriert sich unser Geld auch weiterhin bei den (Super)Reichen. Bei drei Viertel der reichsten Familien stammt das Vermögen nämlich noch aus Kaiserreich bzw. Nazizeit. Das hat mit "Leistung" nix zu tun.

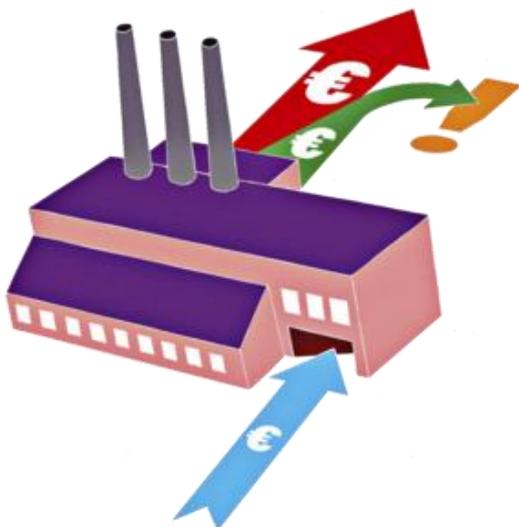
Und: Die Erben großer Firmenvermögen sind von der Erbschaftssteuer derzeit nahezu befreit. Das ist schlichtweg verfassungsfeindlich und muss aufhören!

Mehr Demokratie durch starke Städte und Gemeinden



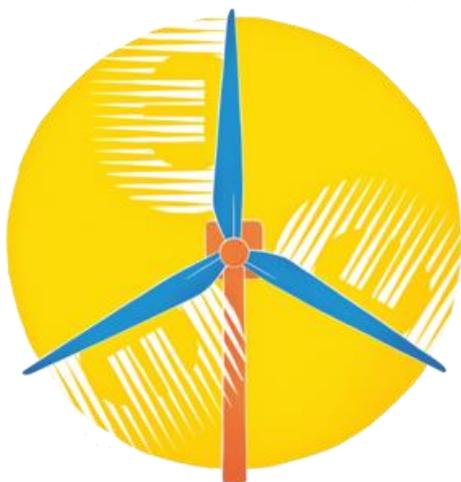
Es herrscht "Demokratieverdrossenheit". Wir schlagen daher vor, dass wir unsere Einkommenssteuern künftig direkt an die Kommunen zahlen und das dort auch ausgegeben werden. Wie in Dänemark und der Schweiz sollen Städte und Gemeinden mehr als die Hälfte der öffentlichen Ausgaben bestreiten. So können die Menschen besser nachvollziehen, wofür und wie "der Staat" die Steuergelder einsetzt und sie können sich direkter beteiligen. Steuerpolitik wird so erfahrbar und Demokratie als Konzept ist plötzlich konkret. Demokratische Beteiligung steigt übrigens immer mit der Gerechtigkeit im Land.

Gesamtkonzernsteuer gegen Steuerflucht und "kreative Buchhaltung"



Konzerne machen überall auf der Welt ihre Geschäfte. Steuern zahlen sie aber nur, wo ihr Firmensitz liegt (wenn überhaupt); obwohl ihre Steuern überall gebraucht werden. Von Straßen, Schulen, Verwaltung oder Gesundheitssystem profitieren die Konzerne ja auch in allen Ländern. Darum müssen wir Konzerne mittels Gesamtkonzernsteuer besteuern. Dafür würden die Gewinne mittels Weltbilanz global zusammen gezählt und die so anfallenden Steuern dann auf alle Länder verteilt, in denen ein Konzern seine Waren produziert und/oder verkauft. So können wir auch Steueroasen schließen und Steuerflucht verhindern!

Klimaschutz und sozial-ökologischer Umbau



Steuerpolitik ist ein wichtiges Instrument für den dringend notwendigen sozial-ökologischen Umbau. Einige Ideen sind z. B. eine Kreislaufwirtschaft durch Recycling (statt exzessivem Rohstoffabbau) und eine Landwirtschaft im Gleichgewicht mit der Natur. Dabei nutzen wir 100% erneuerbare Energie und wirtschaften CO2-neutral. ALLE sparen Energie – aber sozial gerecht. Damit das klappt, benötigen wir eine echte Klimasozialpolitik. Ein Klimageld für alle soll gewährleisten, dass Menschen mit geringem Einkommen gar nicht belastet werden und Normalverdienende einen fairen Ausgleich bekommen. Wohlhabende soll es zu erfolgreichen Investitionen in den Klimaschutz motivieren.

Unternehmensstrafrecht und effektive Steuerpolizei



Gute Gesetze bringen nichts, wenn wir sie nicht durchsetzen. Derzeit ist Deutschland tatsächlich ein Steuerparadies für Reiche und sehr beliebt bei Verbrechern, die ihr Geld waschen wollen. Wir müssen Steuerflucht und Finanztricks von Reichen, Konzernen und Gangstern also nicht nur verbieten sondern auch effektiv verhindern. Ein Unternehmensstrafrecht und eine gegen "Big Business" gewappnete Finanzpolizei machen es möglich. Steuerhinterziehung von Konzernen und Banken könnten so auch dann bestraft werden, wenn einzelne Personen (z.B. Managende) juristisch nicht zu belangen sind.

Leistungsfähiges Sozialsystem – gerecht finanziert



Unser Sozialsystem bedarf der grundlegenden Reform. Denn derzeit ist es geradezu "feudalistisch" bzw. "ständisch" geprägt: Reiche zahlen ziemlich wenig ein. Wir fordern allgemeine Sozialleistungen (Basisrente, Kindergrundsicherung, Bürger-krankenversicherung, Mindestversorgung für Arbeitslose), die von ALLEN bezahlt werden – entsprechend der finanziellen Möglichkeiten. Das heißt: Auch die Beziehenden von Mieteinkünften, Unternehmensgewinnen und Renditen müssen ihren Beitrag leisten. Dazu kommen dann die bekannten Versicherungsleistungen (Berufsrente, Arbeitslosengeld...), die wie bisher durch Beiträge finanziert werden sollen.